

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1923**

21.3.1923 (No. 67)



# Badischer Beobachter

Verlagspreis monatlich: 3 Mark  
Inhaltsverzeichnis Nr. 3800  
Ausgabe Nr. 3400  
Anstalt für den Vertrieb  
Herausgeber: Dr. E. J. Meyer

Anzeigenpreis:  
1 Spalte, 1 mm hoch, 85.- M.;  
in Kleinzeilen 250.- M.;  
Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen.  
Verantwortlich: Dr. E. J. Meyer  
Redaktion: Debatton 572.

Herausgeber: Dr. E. J. Meyer, Karlsruhe, Adlerstraße 42.  
Verlagsdruckerei: Badischer Anstalt für den Vertrieb, Karlsruhe 4844.

Erscheint Montag bis Freitag, — Beilagen: „Blätter für den Familien- und „Frauenrundschau“. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Schluss der Anzeigen: Annahme: mittwochs 14. Uhr

Verantwortlich: Dr. E. J. Meyer, Karlsruhe, Adlerstraße 42.  
Redaktion: Debatton 572.

## Vom Tage.

Das Auswärtige Amt hat dem Reichstag ein Reichsgesetz über den Ruhefall anzuken lassen. Eine Denkschrift über die deutsche Wirtschaftslage, vor allem zur Beurteilung im Ausland bestimmt, befindet sich vor der Fertigstellung.  
Wegen der Festnahme von Geiseln hat die deutsche Regierung eine Verwahrungsnote an die französische Regierung geschickt. In der Note wird die Einsetzung eines Internationalen Untersuchungsausschusses beantragt, zur Untersuchung der Vorfälle in Buer und Eisen.  
Bei Düsseldorf sind verschiedene Schienenrennen erfolgt, wodurch der Betrieb auf der betreffenden Strecke für drei bis vier Tage unmöglich gemacht wurde. Deutsche Beamte wurden als Geiseln festgenommen und im Falle der Wiederholung mit Gefängnis bedroht.  
Abg. Cuno wurde aus dem Zuchthaus in Buer von den Franzosen wieder freigelassen mit Begründung, er sei nicht verantwortlich für die Geschäftsführung der Handelskammer Essen.  
Der Verlegungsstand in Buer wurde gemildert. Zum Chef der Ingenieurkommission im Ruhrgebiet wurde Bergwerksdirektor Guillaume anstelle Cotes ernannt.  
Minister Le Troquer ist wieder in Paris angekommen und erstattete dem Ministerrat über seine Reise ins Ruhrgebiet Bericht. Hinsichtlich der Kohlenabfuhr nach Frankreich betrachtet er die Lage optimistisch; er meint, man werde bald die normale Menge, die Deutschland liefern solle, erreichen. Nächste Woche reist er wieder ins Ruhrgebiet um sich über die Eisenbahnverhältnisse zu unterrichten.  
Reichskanzler Dr. Cuno besucht am 23. März Stuttgart.

wirtschaftliches Weiterarbeiten gewährleistet würde, auf der anderen Seite aber Opfer gebracht würden; den von der Zentrumsfraktion betonten Opfergedanken der produktiven Stände übernahmen die anderen bürgerlichen Parteien und machten ihn sich zu eigen.  
Es ist ausgeschlossen, in einem kurzen Aufsatz sämtliche Punkte des Markterwerbsgesetzes zu berühren, werden doch allein 14 Steuergesetze in ihm geändert. Im Folgenden beschränken wir uns darauf, einige Hauptpunkte des Gesetzes einer kurzen Betrachtung zu unterziehen und zu zeigen, wie sie sich in der Praxis auswirken. (Auf die parteipolitischen Kämpfe um die Gestaltung des Gesetzes kommen wir vielleicht noch zurück.)

### II. Vermögenssteuer.

Eine Milderung der Freigrenzen und der Tarife der Vermögenssteuer gegenüber der Regierungsvorlage war aus dem Grunde notwendig geworden, weil inzwischen die Geldentwertung wieder ganz ungeheure Schritte gemacht hatte. Aus dem Grunde wurde der von der Regierung vorgeschriebene Mindestsatz der Vermögensbesteuerung von 200 000 auf 400 000 M. erhöht und ebenfalls eine Verdoppelung der Freigrenzen für diejenigen Personen vorgenommen, die besonders geschont werden müssen. (Gewerkschaftsmitglieder u. s. w.) Bei den Tarifen wurde eine Verdreifachung vorgenommen. Während die Regierung bereits von den ersten 500 000 1 v. Tausend vordruckte, erhöhte der Reichstag diese 500 000 auf 1,5 Millionen und der Satz von 10 vom Tausend tritt erst bei Vermögen über 60 Millionen ein, während die Regierung 20 Millionen vorgeschlagen hatte.  
Eine ähnliche Regelung wurde für die Erbschaftsteuer geschaffen. Während wegen der einseitigen Geldentwertung Freigrenzen und Tarife erhöht wurden, mußte entsprechend auf der anderen Seite aus dem selben Grunde die Bewertungsrundlage geändert werden; dies gilt insbesondere für die bis zum 30. April zu zahlende Pfandanzleihe. Hierbei einigte man sich auf eine Verdreifachung der bisher vorgeschriebenen Bewertung. (Schluß folgt.)

ten sie nicht für eine vollkommene Einrichtung, aber sie ist an sich ohne Tadel. Wir sind Freunde der Simultanschule und werden für dieselbe eintreten. Aber die Simultanschule, wie wir sie in Baden haben, ist durch die Absichten gefährdet, die in weiten Kreisen Deutschlands und namentlich, wie es scheint, in nachgebenden Kreisen bestehen, durch die Absichten, die Gemeinschaftsschule, der der Religionsunterricht nur aufgegeben ist, zur Allein herrschaft in auf dem Gebiete des Volksschulwesens zu machen. Wenn diese Tendenzen die, wie es scheint, namentlich in der Reichsleitung stark vorhanden sind, weiter vorbringen würden, dann wären wir stärker als bisher gezwungen, den Wert der Konfessionsschule hervorzuheben. (Zustimmung im Zentrum.)

Das hier in dieser Rede nur wenig Sinn für die Forderung der Konfessionsschule festzustellen ist, soll nur im vorbeigehen angemerkt werden. Was uns hier interessiert, das ist die Tatsache, daß Herr D. Mayer, Mitglied des Oberkirchenrates und nunmehriger erster Führer der Deutschnationalen in Baden sich „mit seinen Freunden“ „durchaus“ zu „den Freunden der Simultanschule“, „wie wie sie in Baden haben“, bekennt! Das steht protokollarisch fest. Nun besuchen diese „Simultanschule, wie wir sie in Baden haben“, kraft Gesetzes auch die Kinder aus jüdischen und arbeitslosen Familien und es wird für diese „Juden und Arbeiter“ Religionsunterricht erteilt. Der Herr Abg. D. Mayer, der neuerdings Chef der badischen Deutschnationalen und seine Freunde fanden daran in seiner Rede rein gar nichts zu tadeln, im Gegenteil, im Brustton der stolzen Männerüberzeugung stellte er mit „seinen Freunden“ der so beschaffenen christlichen Simultanschule das herrliche Zeugnis aus: „Sie ist an sich ohne Tadel!“ Darum „sind wir durchaus Freunde der Simultanschule“, „wie wir sie in Baden haben“.  
Das böse Zentrum hat in dem Stück ständig wesentlich andere Töne angeschlagen. Wir verweisen auf die programmatische Erklärung vom Jahre 1920 vom 22. April! Worauf wir bei dieser Sachlage hinweisen müssen, das ist die Lust, die zwischen Herrn von Gallwitz und Herrn D. Mayer und „seiner Freunde“ besteht! Man kann nur bedauern, daß dem Parteitag diese Tatsache entging.  
Nun hat das böse Zentrum dem deutschnationalen Führer und seinen Freunden noch ein Leid angetan. Er floß darüber also:  
„Als agitatorischen Trieb kennzeichnet der Redner (D. Mayer) die Behauptung des in seiner Natur zwiespältigen Zentrums, die deutsch-nationale Fraktion habe eine weitergehende Erleichterung der Ehecheidung nicht den richtigen Widerstand geleistet.“  
Bitte, Herr Abg. D. Mayer, wo hat das Zentrum gesagt, Ihre „Fraktion“ habe in der Ehecheidungsnote verweigert? Das Zentrum hat immer der Wahrheit gemäß geschrieben und gesagt: von den Deutschnationalen haben gegen den betreffenden Zentrumsantrag gestimmt: zwei Abgeordnete der deutschnationalen Landtagsfraktion und der Landtagsfraktion Reichstagsfraktion! Wollen Sie das etwa als „agitatorischen Trieb“, als Unwahrheit bezeichnen? Diese Tatsache besteht! Man kann nur bedauern, daß Sie, Herr Abg. D. Mayer, diese Tatsache nicht ihrem Parteitag vorgetragen haben. Dafür schämten Sie das Zentrum, es sei in seiner Natur immer zwiespältig. Die Behandlung dieser Materie auf ihrem Parteitag ist kein Schulbeispiel einer natürlichen „Einseitigkeit“, aber ein Schulbeispiel für das, was man als „agitatorischen Trieb“ bezeichnen kann.  
Diese drei deutschnationalen Stimmen hätten, wenn sie für den Zentrumsantrag abgegeben worden wären, ihm zum Siege verholfen; denn es standen 37 gegen 34 Stimmen. Dieses Verhältnis belastet die Deutschnationalen Partei mit der Verantwortung für den tatsächlichen, so tief bedauerlichen Ausgang der Sache. Ein einziger gewandter Führer hätte an die Mäßigkeit gedacht und Führer hätte getroffen. Hinterher die Blamage und die Verantwortung mit einer Bestimmung des Zentrums verdecken zu wollen, kann bei Unterrichteten nur abstoßen!

Noch ehe die Besprechung beginnen konnte, erschienen 5 französische Gendarmen in dem Birtzimmer und erklärten die Anwesenden für verhaftet. Darauf begaben sich die Gendarmen in die Wohnung des Obmanns der Gewerkschaft und nahmen dort die Privatgelehrer der Gewerkschaftsbeiträge sowie die Korrespondenzen der Gewerkschaft an sich. Der Obmann Pieper sowie ein Mitglied der Gewerkschaft wurden in Haft gehalten, die übrigen wieder freigelassen.

### Die Franzosen in Mannheim und der Pfalz.

Mannheim, 20. März. Das Geleit der Warenzüge von den Säfen nach dem Hauptbahnhof erfordert so viele Mannschaften, daß die Franzosen die Verbindungsstrecken wegschneiden und die Brücken einfach abgesperrt haben. Der Wagenverkehr ist damit auf eine einzige Brücke, die sogenannte Spatenbrücke im Söfenabiet beschränkt.  
Mannheim, 20. März. Die Franzosen haben die bisher von ihnen besetzte Luzebergerschule geräumt und sich dafür in einem Neubau in der Dissenstraße 8 einquartiert. Ebenso wurde der im gleichen Viertel gelegene Wafferturm geräumt.  
Im Gaswerk der Ludwigsbahnen Bahn revidierte dieser Tage ein französischer Offizier. Er erlitt dabei einen so schweren Unfallsfall, daß er starb.

Auf mehreren Lastautos sind 11 Familien ausgewiesener Pöhlbeamten aus Bruchmühlbach (Pfalz) in Mannheim eingetroffen. Außer den Frauen befanden sich 17 Kinder unter den Ausgewiesenen, darunter Kinder im Alter von acht Wochen. Für die ganz kleinen Kinder mit ihren Müttern, sowie für mehrere Kranke war ein Kaiserkranken Sanitätsauto zur Verfügung gestellt worden. Die Möbel der Ausgewiesenen waren zum größten Teil schon in Mannheim angekommen.

Ludwigsbahnen, 20. März. Die Franzosen sehen immer mehr ein, daß sie nicht genügend Personal zusammen bekommen können, um den militärischen Eisenbahnbetrieb am Rhein aufrecht zu erhalten. Deshalb haben sie sich mit Gewerkschaftsführern in Ludwigsbahnen in Verbindung gesetzt, um die deutschen Eisenbahner zu veranlassen, ihren Widerstand aufzugeben und in den Dienst der Alliierten zu treten. Die Franzosen weisen darauf hin, daß die Eisenbahner streiken von ihnen immer noch mindestens 25 Jahre bestraft gehalten werden.

### Eine zweite deutsche Protestnote.

Berlin, 21. März. Ebenso wie gegen die Vorfälle in Essen ist auch gegen die gleichen Vorfälle in Redlinghausen von der Reichsregierung in einer Note bei der französischen Regierung scharfster Protest eingelegt worden.

### Neue Geiseln verhaftet.

Essen, 20. März. Die bereits gemeldeten Landdirektoren hat die französische Besatzung in Essen noch einige weitere Landdirektoren als Geiseln verhaftet. Es verlautet aus französischer Quelle, daß die Festnahme der Bankleiter als Geiseln erfolgt ist, um den Eingang der Geldbuße sicher zu stellen, die der Stadt für den Fall angedroht ist, daß der Mörder des französischen Soldaten nicht ermittelt wird.

### Kaub.

Die Belgier haben bei der Reichsbankstelle in München-Grabach ein Guthaben von 68 Millionen Mark beschlagnahmt. Der Direktor der Reichsbankstelle ist verhaftet worden. Hierauf schlossen sämtliche Banken.

### Die Rheinlandkommission beschlagnahmt die Ruhrhilfe.

Essen, 20. März. Die Internationalisierte Rheinlandkommission hat im besetzten Gebiet gestern an die Gemeindebehörden nachstehendes Schreiben geschickt: „Nach beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Hohe Kommission beschlagnahmt hat, im besetzten Gebiet jeden Verein oder Komitee der Ruhrhilfe oder ähnlicher Organisationen zu verbieten. Auch sind Geldsammlungen, Verkauf von Freimarken, Auszahlung von Unterstufungen, die im Zusammenhang mit diesen Organisationen stehen, streng verboten.“ Aufgrund dieses Schreibens sind bereits in einer Reihe von Städten Beschlagnahmungen von Geldern erfolgt.

### Das Wüten gegen die Presse.

Von den im altbesetzten Gebiet und im Einbruchgebiet erscheinenden etwa 1430 Zeitungen sind seit Beginn der Ruhraktion 445 Zeitungen für längere oder kürzere Zeit von der Rheinlandkommission unterdrückt worden. Verurteilt wurden 82 Redakteure und 31 Verleger zu Gefängnisstrafen bis zu einerinhalb Jahren und zu Geldstrafen bis zu einer Million Mark. Mit ihren Familien ausgewiesen wurden 18 Redakteure und neun Verleger. 85 im nichtbesetzten Gebiet erscheinende Zeitungen wurde die Einfuhr ins besetzte Gebiet für dauernd oder zeitweilig untersagt. Wenn man dem gegenüberstellt, daß die Franzosen eine Flugblattpropaganda ohnehalten betreiben, und daß sie gerade in den Gebieten, in denen zeitweise fast alle Zeitungen verboten waren, die Bevölkerung mit Nachrichtenblättern und Flugchriften geradezu überschwemmen und wenn man außerdem in Betracht zieht, in welchem Ton die französische Armeepresse Echo du Rhein und das vom französischen Pressebüro

## Die Deutschnationalen und die Kulturfragen in Baden.

Auf dem deutschnationalen Parteitag hat der Abg. D. Mayer, als Vorsitzender der Landtagsfraktion ein Referat über die Tätigkeit seiner Partei im Landtag gehalten. Wir finden darüber in Nr. 107 der Süddeutschen Zeitung einen dankenswerten Bericht. Daß wir ihn nicht ohne Bemerkungen vorbeigehen lassen können, liegt in dem, was der Bericht selbst bringt.  
Der Abschnitt über die Kulturfragen wird also eingeleitet:  
„Der politischen Aussprache über große Angelegenheiten scheine man in der letzten Zeit im Landtage etwas aus dem Wege gehen zu wollen. So ist seitens der Koalitionsparteien die Schulfrage bisher nur gestreift worden.“  
Das ist also die große Sünde speziell des bösen Zentrums. Dieser Sünde steht die strahlende Tugend der Deutschnationalen gegenüber. Der Herr D. Mayer führt also fort:  
„Die deutsch-nationale Fraktion hat jede sich bietende Gelegenheit benützt, um für die erweiterte Fortbildungsschule und für die Erhaltung der christlichen Simultanschule einzutreten.“ Es ist jammervoll, daß der Führer der deutschnationalen Fraktion nicht das gewaltige Bündel von Schulentwürfen, die sie in letzter Zeit gestellt hat, auf den Tisch des stauenden Parteitags gelegt hat! Wir haben bisher von den gewaltigen Antragsaktionen der Deutschnationalen im Landtag rein nichts gemerkt! Dagegen ist uns bekannt, daß das Zentrum mit einem bestimmten Antrag für die Gleichstellung der Konfessionsschule im Reichsschulgesetz eingetreten ist. Daß er nicht sofort zur Verhandlung kam, daran tragen der Landtag und die Deutsche Volkspartei Schuld; sie sandten den Antrag gegen die Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen ins Massenarab der Ausschussmappe. Nun rühmt sich aber Herr D. Mayer, „daß zwischen den Deutschnationalen, dem Landtag und der Deutschen Volkspartei in Fragen des nationalen Lebens öfter zu näheren Beziehungen gekommen sei.“ Die Schulfrage im Reichsschulgesetz dürfte dieses „nationale Leben“ stark berühren. Ei, warum wurden nicht diese „näheren Beziehungen“ auch auf die Erhaltung des christlichen Charakters der Schule ausgedehnt. Was jetzt haben wir davon noch nicht viel gemerkt.  
Aber nun eine für uns unlösliche Schwierigkeit. Auf dem Parteitag sprach Erzeller von Gallwitz laut Süddeutsche Zeitung Nr. 107:  
„Das Schulgesetz wird die Reichstagsfraktion einstimmig ablehnen, falls nicht der Zusatz beseitigt wird, wonach Juden und Atheisten an der christlichen Gemeinschaftsschule Religionsunterricht erteilt werden können.“ Nun haben wir in Baden diese „christliche Simultanschule“. Die im Reiche soll dieser so ziemlich nachgebildet werden. Nun hat der Abg. D. Mayer namens der „Deutschnationalen Volkspartei“ (Landtagsfraktion 1922 Spalte 2439) wörtlich folgendes gesagt:  
„Ich persönlich und meine Freunde sind durchaus Freunde der Simultanschule. Wir hal-

## Baden, Rhein und Ruhr.

Offenburg, 20. März. Der Personenzugsverkehr Offenburg—Oppenweiler ist in der vergangenen Woche von den Franzosen aufgenommen worden. Sie bemühten sich täglich drei Rüge zu fahren. Der Fahrpreis von Offenburg nach Windischlaga beträgt 400 M. Von der einheimischen Bevölkerung sind die Rüge aber nicht benützt worden und die Franzosen haben am Sonntag den Zugverkehr ruhen lassen. — Ferner verkehrten die Franzosen aus dem Offenburg Bahnhof eine größere Anzahl Personenwagen wegzubringen. In der Nähe des Bahnhof Windischlaga schlug die Lokomotive an der Lokomotive heraus, und die Lokomotive und zwei Wagen entgleisten. Eine andere Lokomotive zog die nicht entgleisten Wagen wieder nach Offenburg zurück.

### Ein Gewaltakt in Offenburg.

Karlsruhe, 20. März. Ein neuer Gewaltakt der Franzosen wird aus Offenburg gemeldet: Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (christliche Gewerkschaft), darunter der Obmann der Gewerkschaft Pieper hatten sich gestern abend in dem Nebenzimmer einer Offenburgener Wirtschaft zu einer Besprechung über Gewerkschaftsangelegenheiten zusammengefunden.

## Das Geldentwertungsgesetz.

### I. Grundfähliches.

Seit Monaten beschäftigt sich das Reichsfinanzministerium mit einem Gesetzentwurf, der die durch die ungeheure Geldentwertung geschaffenen Schwierigkeiten in der Steuererhebung einer Milderung unterziehen sollte. Die von dem Reichsfinanzminister gemachten Vorschläge sind im Entwurf eines Gesetzes über die Verdrückung der Geldentwertung in den Steuererlassen (Geldentwertungsgesetz) kurz vor Weihnachten dem Reichstag vorgelegt worden und der Reichstag bezog sein Gesamturteil über die Sache in den letzten Wochen in eingehenden Beratungen damit befaßt. Am Donnerstag ist dieser Gesetzentwurf mit mancherlei Änderungen vom Plenum des Reichstags angenommen worden. Dieses Gesetz ist eines der schwierigsten Steuergesetze der letzten Jahre und greift in die Interessensphäre der verschiedensten Berufsgruppen tief hinein. Kein Wunder, daß das Gesetz außerordentlich umstritten war und einzelne an sich rein wirtschaftliche Fragen zu politischen getrieben wurden. Daß dadurch die Schwierigkeiten nur noch vergrößert wurden, bedarf keines Hinweis. Die Zentrumsfraktion hat sich durch alle diese Schwierigkeiten nicht abhalten lassen, sachlich und objektiv dem Problem zuzugehen und Lösungen zu suchen, die allen Teilen gerecht werden. Sie hat dabei den Erfolg gehabt, daß fast alle ihre Vorschläge angenommen wurden.  
Die Regierung ging bei ihren Vorschlägen von dem Grundgedanken aus, daß in der heutigen Zeit, wo vielen Mitgliedern der Volksgemeinschaft Einkommen weit unter dem Existenzminimum befreit werden, es ausgeschlossen sei, den sogenannten produktiven Ständen ihre volle Goldsubstantz zu erhalten. D. h. ihnen eine völlige Befreiung von der Besteuerung der Scheingewinne zuzugestehen. Auch die Zentrumsfraktion ging von dieser Grundeinstellung aus, allerdings unter dem Hinweis, daß große Teile der Industrie und des Handels bereits erhebliche Einbußen in ihrer Goldsubstantz erhalten hätten und unbedingt dafür Sorge getragen werden müsse, daß Handel und Industrie lebensfähig blieben. Es handelte sich also darum, Handel und Industrie so zu besteuern, daß auf der einen Seite ein

## Das Geldentwertungsgesetz.

Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages lehnte gestern die Anträge der Sozialdemokraten und der Demokraten auf Auflösung der nationalsozialistischen Sturmtruppen ab.  
Die Wahl des bisherigen sächsischen Kultusministers Dr. Zeigler, der von den Sozialdemokraten aufgestellt ist, zum Ministerpräsidenten, gilt als gesichert.  
Anlässlich der Wiederkehr des oberbayerischen Abstammungstages fand gestern ein Empfang des oberbayerischen Hilfsbundes beim Reichskanzler statt, dem führende Vertreter der Behörden, sowie von Handel, Finanz, Industrie und Landwirtschaft beiwohnten.  
Der Streik in den oberbayerischen Gruben hält noch an. Es ist möglich, daß ein auf heute einzuberufender Kongress der Bergarbeiter zum Generalstreik aufruft.  
In einer Note an die französische Regierung gibt der schweizerische Bundesrat dieser Kenntnis, daß er das Genfer Konventionen gemäß dem Ausgang der Volksabstimmung am 18. Februar nicht ratifizieren könne.

Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages lehnte gestern die Anträge der Sozialdemokraten und der Demokraten auf Auflösung der nationalsozialistischen Sturmtruppen ab.  
Die Wahl des bisherigen sächsischen Kultusministers Dr. Zeigler, der von den Sozialdemokraten aufgestellt ist, zum Ministerpräsidenten, gilt als gesichert.  
Anlässlich der Wiederkehr des oberbayerischen Abstammungstages fand gestern ein Empfang des oberbayerischen Hilfsbundes beim Reichskanzler statt, dem führende Vertreter der Behörden, sowie von Handel, Finanz, Industrie und Landwirtschaft beiwohnten.  
Der Streik in den oberbayerischen Gruben hält noch an. Es ist möglich, daß ein auf heute einzuberufender Kongress der Bergarbeiter zum Generalstreik aufruft.  
In einer Note an die französische Regierung gibt der schweizerische Bundesrat dieser Kenntnis, daß er das Genfer Konventionen gemäß dem Ausgang der Volksabstimmung am 18. Februar nicht ratifizieren könne.

Nr. 66  
Kopfer.  
Karlsruher  
ung  
an der 116. D  
000 M. auf 445 000  
von der Doplanber  
adstraße, bisher auf  
erhält den Ra  
für Bootsfahrten im  
Bootsgehung) wird  
und Feiertage so  
tionen auf 100 M.  
r Pong, Gesel- und  
f. für Konjunktur  
zeit geltenden Ein  
den vorläufig bei  
ffen. Als Beihilfe  
den für das Jahr  
samt der Hermann  
Gewerkschaft 100  
Bist und Delene  
der Volksschule zu  
Zufuhrtraktanten der  
Schüler der Volks  
Auszüge.  
betzte Schrift, alt 80  
bert Saitz: Martin  
alt 83 Jahre. —  
Ehemann, alt 62  
Mitte des Tages  
alt 74 Jahre, Witwe  
Rudolf Straß, alt  
me der Frau Annot  
alt 79 Jahre; Frau  
Peters Karl Ged-  
bere besitzt. The-  
r Kaufmann, Ehe-  
wey alt 83 Jahre, er  
Johannes Straß.







Baden.

Seltene Postklame.

Bekanntlich ist die Deutsche Post seit längerer Zeit dazu übergegangen, sich mit ihren Einrichtungen auch in den Dienst der Geschäftsreflexe zu stellen. Der Gedanke, auch auf diesem Weg die finanzielle Sanierung dieses staatlichen Betriebs zu fördern, ist an sich ganz gut. Es hat aber auch seine Schattenseiten. Neuerdings macht man nämlich auf diesem Weg auch Propaganda für etwas zweifelhaftes Literatur. Das Karlsruher Fernbureau schickt mit den Zetteln, auf denen die Gebühren für Ferngespräche verzeichnet sind, Reflametzettel eines Pforzheimer Verlags, auf dem „Paraphrastische Lebensbilder von W. Omar“ empfohlen sind, in die Häuser. Wir kennen diese Bücher nicht, aber wir sehen aus dem Inhalt der Reflametzettel, daß in diesen Büchern nicht bloß Gesundheitslehre enthalten ist, sondern auch ethische und religiöse Fragen und seruelle Probleme behandelt werden. Wir fragen: Wer prüft diese Reflame darauf, ob sie einwandfrei ist? Wer trägt die Verantwortung dafür, daß auf diese Weise nicht allerlei Schund unter die Bevölkerung kommt? Welches sind überhaupt die Gründe, nach denen bei der Annahme von Reflameträgern bei der Post Verfahren wird, oder gibt es überhaupt in dieser Beziehung keinen Grundsatz als den des Geldverdienen? Ueber das alles möchte die Öffentlichkeit etwas wissen, weil sonst keine Gewähr dafür gegeben zu sein scheint, daß alle einwandfrei ist, was durch die Postreflame angehen wird. Auf keinen Fall ist es anzunehmen, daß auf diesem Weg Reflame für irgendwelche religiöse, ethischen, überhaupt weltanschaulichen Absichten gemacht werden. Wir möchten auch unsere Abonnenten auf diese Seite der Postreflame aufmerksam machen.

Was geht zwischen Landwirtschaftskammer und Landbund eben vor?

Der Landwirtschaftliche Bezirksverein entwickelt sich immer mehr als der Schlepenträger des Landbundes. Nachdem er mit der Landwirtschaftskammer sich früher schon affiliiert hatte, ist er durch die landbündlerische Aufhebung der Landwirtschaftskammer nichts anderes als ein Anhängel und Schützling der Landwirtschaftskammer geworden. In dieser hat es bekanntlich den Landbund, unterstützt vom Genossenschaftsverband, die Führung an sich zu reißen. Der Genossenschaftsverband hat seine wirtschaftlichen Mittel dem Landbund zur Verfügung gestellt in der Hoffnung wohl, daß auf andere Weise vom Landbund wieder Nutzen zu ziehen. Das Rechtswort der Organisation Landwirtschaftskammer, Genossenschaftsverband und Landbund ist nunmehr noch intimer geworden. Man hat auch die Presse zusammengelegt. Das Bad. Landwirtschaftliche Wochenblatt soll in einer Ausgabe B nicht nur als amtliches Organ der Bad. Landwirtschaftskammer und des Landwirtschaftlichen Vereins wie seit einiger Zeit dienen, es soll jetzt auch Wochenblatt des Landbundes und zugleich auch landwirtschaftliches Genossenschaftsblatt sein. Es ist dies der Vorgang in den Ländern bisher so gut wie nur realisiert worden. Besondere Beobachtung fand er nicht, obwohl er sie sehr verdient. Ist doch in dem Bestreben, die demokratisch landbündlerisch, deutsch-nationalistisch orientierten Landwirte näher zusammenzuführen, eine weitere Etappe erreicht. Die Führer beschließen und die Landwirte haben zu gehorcht. Sie werden ob sie wollen oder nicht, immer mehr auf die Gründe des Landbundes geführt. In diesem soll ein Zusammenstoß der Landwirte erzielt werden unter Mitwirkung der Herren Direktoren Müller, Schön und mit dem Gehe des Landwirtschaftskammerpräsidenten und Landbundesführer Gebhardt. Das ganze hat eine eminent politische Bedeutung, da der Landbund, so sehr er es haben will und betont, keine reine Ständesorganisation sondern eine politische Partei ist mit politischen Zielen und dabei eine der Allgemeinheit höchst abträglichen einseitigen Ständes-Interessenpolitik, die nicht ausgleicht, sondern auseinanderreißt. Das der Genossenschaftsverband hier ob absichtlich oder nicht mitwirkt, ist höchst bedauerlich, umso mehr als die Landbündlerhintermänner nicht bloß dem Zentrum seine bürgerlichen Kreise zu entziehen suchen, sondern auch der „sozialistenfreundlichen Demokratie“. Je enger die Verbindung wird, desto mehr wird der Genossenschaftsverband in Abhängigkeit vom radikalen Landbund kommen. Die politischen Parteien haben aus Gründen der Selbsterhaltung wie des allgemeinen Wohls allen Grund, den Vorgängen die nötige Aufmerksamkeit zu schenken, wollen sie sich durch die Verhetzungspolitik des Landbundes nicht ihre bürgerlichen Anhänger abhängig machen, den politischen neutralen, aus den verschiedensten Parteienabhängigen zusammengestellten neutralen Verbänden, deren Erhaltung im Interesse der Landes liegt, durch den Knüttel Abtraa geschoben lassen. Wären die Landwirte sich wirtschaftlich organisieren, wie sie wollen, das ist ihre Sache. Sie müssen aber auch wissen, daß es neben den Ständes- und Wirtschaftsfragen auch allgemeine Interessen, politische Fragen und insbesondere Weltanschauungsfragen gibt. Diese zu behandeln und zu lösen, ist Sache der politischen Parteien, die noch auf wirtschaftlichem Gebiete für den Ausgleich der sich widersprechenden Ständesinteressen der einzelnen Bevölkerungsgruppen sorgen müssen. Von den Politikern aber muß man verlangen, daß sie Sorge tragen, daß die Landwirtschaftskammer sich als das behauptet, was sie sein soll, ein Ständesorgan der Landwirtschaft im Rahmen des allgemeinen Staatswohls und in Mitarbeit mit der Regierung für die bestmögliche und materielle Hebung des Nährstandes einerseits, für die Erfüllung der dem Nährstand für die allgemeine Wohlfahrt, insbesondere der Steigerung der Mehrproduktion und Sicherung der Volksernährung andererseits. Will sie sich statt dessen mit ins Schlepptau des Landbundes nehmen lassen, dann muß sie in die nötigen Schranken zurückgewiesen werden.

Baden.

Erstgen (Pforzheim), 20. März. Bei einem Einbruch in die Heilige Kirche fielen den Dieben zwei Speisefische in die Hände. Der Metallwert der gestohlenen Gegenstände ist bedeutend.

Baden, 20. März. Ein entlassener Knecht hat dem Gutspächter Friedrich von Wödingen 31 Schafe gestohlen. Als der Dieb mit den Schafen nach Eberbach kam, wurde er von der Gendarmen verhaftet, weil er falsche Papiere bei sich führte. Der Eigentümer, der den Diebstahl noch gar nicht bemerkt hatte, konnte die Schafe wieder in Empfang nehmen.

Mörsen, 20. März. Beim Einbruch erschossen wurde ein gewisser Ludwig Bient aus Rappelsrode, der mit Gleichgesinnten einen Einbruchdiebstahl in einem Haus bei Hagenberg (Gemeinde Sasbachwalden) zu unternehmen versuchte. Das Haus ist untertags unbewohnt, wird aber nachts bewacht. Den Einbrechern war es bereits gelungen, in einige Räume einzudringen, als der Wächter einen der Einbrecher durch einen Schrotschuß kampfunfähig machen konnte. Der Wächter holte sofort die Gendarmen, als diese aber am Tatort erschienen, war Bient von seinen Komplizen fortgeschafft worden. In der Nähe der Verwundung wurde Bient dann tot aufgefunden. Bient soll wegen Einbruchdiebstahls schon verurteilt sein. Die Scharlachung war dem Einbrecher in den Rücken gegangen und durch innere Verblutung war der Tod eingetreten.

Offenburg, 18. März. Auf Anregung der hiesigen Ortsgruppe der Vereinigung kath. Mademiler fand in vergangener Woche eine kirchliche Tagung statt. Der hochw. Herr Vater Fidelis Bajer aus Neuron, der feinsinnige Kenner der Liturgie, hatte einen Vortrag gehalten für 6 Abende übernommen. In seinem ersten Vortrag behandelte der Redner Sinn und Bedeutung der kirchlichen Bewegung. Der zweite Vortrag behandelte die psychologischen Voraussetzungen des kirchlichen Lebens zum Gegenstand. Im dritten und vierten Vortrag wurden die Teilnehmer in die Liturgie der Passionen, des Gründonnerstags und Karfreitags eingeführt. Im Schlußvortrag vorbereitete sich der Redner über Liturgie und Kunst, insbesondere Konstantin. Der Besuch der Vorträge war jeweils überaus gut. Dem hochw. Herrn Vater Fidelis sei an dieser Stelle öffentlich herzlicher Dank gesagt, daß er sich der mühevollen Aufgabe unterzogen und in der herrlichen Ideen der Liturgie eingeführt hat. Am Sonntag morgen gab ein Hochamt in der Klosterkirche mit Choralgesang der Klosterfrauen und Kommunikation der Teilnehmer der Veranstaltung einen würdigen Abschluß.

Millingen, 20. März. Der bei einer hiesigen Firma angestellte Fabrikarbeiter Handlungsgeselle Erwin Beckh aus Berlin betrug hiesige und auswärtige Geschäftskonten um Beträge bis zu 5 Millionen Mark.

Donauerschlingen, 20. März. Der schon wiederholt unternommene Versuch, in die fürstlich-südburgische Grafenschaft „Maria Hof“ in Reudingen einzubrechen ist in der Nacht zum letzten Sonntag abermals und zwar mit Erfolg unternommen worden. Die Einbrecher konnten die Sicherheitsklammer an der Tür der Schatzkammer öffnen und raubten daraus vier silberne vergoldete Kelche, die einen Altertumswert bis zu 15 Millionen haben.

Säckingen, 19. März. Nach dem Säckingen Tagblatt wurde in den letzten Tagen der Versuch unternommen, im Oberbezirk schweizerische Wälder auf dem Abnehmerwege zu einem Preise absetzen, der noch nicht einmal der fünfte Teil des Bezugspreises der oberbayerischen Presse beträgt. Das Blatt meint, es könne sich hier nur um eine französische Sache handeln, da zu dem genannten Preise selbst schweizerische Verlage nicht in der Lage seien, für diese Preise ein Blatt herauszugeben. Es wäre zu wünschen, daß die deutschen Behörden die Angelegenheit im Auge fassen und den betreffenden Zeitungsbekanntmachungen durch Entziehung der Pässe die Möglichkeit nehmen, die Einheitsfront durch Einfuhr ausländischer Pressezeugnisse zu unterbrechen.

Konstanz, 19. März. Gestern begann hier in zwei Lokalen, in einer jüdischen Schule und im katholischen Vereinshaus St. Johannes die Speisung von 800 bedürftigen Konstanzer Kleinrentnern und sonstigen armen Leuten. Die Speisung geht bekanntlich vom Schweizer Arbeiterverband aus, der Kreuzlingen aus, die Mittel werden von den Schweizer Arbeitgebern und deutschen Arbeitnehmern und Angehörigen in der Schweiz aufgebracht. Die Speisung dauert 100 Tage, mittags.

Aus anderen deutschen Staaten.

Der Theaterbrand in Wiesbaden. Die näheren Nachrichten über den Brand des Stadttheaters lassen erkennen, daß nur der Bühnenraum, sowie die Kassen und sonstigen technischen Gebäude zerstört, aber der Zuschauerraum unversehrt geblieben ist, da der eiserne Vorhang dem Feuer Widerstand leistete. Von den großen Beständen an Garderobe und Kulissenmaterial ist nur ein Fünftel vernichtet. Dadurch, daß das Dach der Kuppel des Bühnenraums in sich zusammenstürzte, ist die gesamte Reichsoper vernichtet worden. Der Schaden wird auf drei Millionen geschätzt. (Das Stadttheater war in den Jahren 1893/94 erbaut worden.)

Die Kohlenpreise. Die Berliner Lokalzeitung meldet: Eine leidende Persönlichkeit erklärte in Kreisen des Kohlenverkehrs u. a. zur Frage der Kohlenpreissetzung der Kohlenpreise und der Kohlensteuer: So wünschenswert und notwendig im allgemeinen ein Preisabbau erscheint, so steht doch die überwiegende Mehrheit der Kohlenzeuger auf dem Standpunkt, daß es verfehlt wäre, jetzt mit Maßnahmen für einen Abbau der Kohlenpreise zu beginnen. Der Dollarkurs hat auf die Kohlenpreise nur eine mittelbare Einwirkung, durch die allmähliche Senkung der allgemeinen Preisstufe. Nur in deren Nachfolge wäre ein Preisabbau in der Kohlenwirtschaft als Folge einer dauernden Marktlagerung gerechtfertigt.

Aus dem Ausland.

Passive Reflexen der Wiener Postbeamten. Wien, 19. März. Die sämtlichen Angestellten der Post, des Telegraphen- und Telephonverkehrs ohne Unterscheidung der Partei lügend für heute Montag früh 6 Uhr den Ausbruch der passiven Resistenz an, weil ihnen seitens der Regierung die Regierkarten auf den Bundesbahnen entzogen wurden. Die Angestellten erklärten, daß sie dieses Recht seit mehreren Jahren gehabt haben und es sich jetzt nicht durch die Regierung enteignen lassen, zumal die Regierkarten auf den Eisenbahnen im gewissen Sinne einen Teil ihres Gehalts darstellen. Sollte die passive Resistenz nicht zum Ziele führen, so werde der Streik in Aussicht genommen. Von heute an sind daher bedeutende Verzögerungen im Betrieb der österreichischen Post zu erwarten. Die Angestellten wären geneigt, einem Kompromißvor-

Schlag, der ihnen eine gewisse Anzahl von Karten im Jahre zubilligt, entgegenzunehmen.

Kirchliche Nachrichten.

Neuron. Vater Desiderius Leng O. S. B., der Schöpfer der Neuroner Kunst, wurde am 12. März 91 Jahre alt. Anlässlich eines Besuches bei ihm schreibt der Pf. Jg. einer ihrer Mitarbeiter u. a.: In seiner kleinen Zelle hinter dem Tisch sitzend und arbeitend empfängt er den Gast in herzlichster Teilnahme und Anteilnahme. Auf einer mittelgroßen Gestalt sitzt ein Löwenhaupt mit breiter, prachtvoll gewölbter Stirn, langer, wenig gebogener Nase, großer Kieferwurzel, Augen, schauenden, bisweilen schalkhaft glimmenden blauen Augen und einem schön gepflegten wallenden Bart. Einfachheit und Klarheit, Geist und Stärke von tiefer, kindlicher Frömmigkeit durchdrungen. Einer, der des Tages Rast hinter sich hat und dem Getriebe der kleinen, unruhigen Arbeitsmenschen wie einer Schar Antjeßen von der Höhe der Vollendung aus freundlich zusieht. So nimmt der Besucher das Bild des Vaters Desiderius in sich auf und so bewahrt er es im Gedächtnis.

Ein Dominikaner als Prediger in einer protestantischen Kirche.

London, 20. März. Das Erscheinen eines katholischen Priesters auf einer methodistischen Kanzel war dieser Tage die Ueberrassigung der Vorstadt Fulham des westlichen London. Vater Vinzenz Mac Rapp, früher Provincial der englischen Dominikaner, behandelte hier im Verlauf einer sogenannten Volkskonferenz, also wohl nicht etwa im Rahmen eines Gottesdienstes, das Thema: „Können wir noch an die Bibel glauben?“ Die volle Ordensstrafe tragend, wurde Vater Mac Rapp der Zuhörerschaft durch den methodistischen Pfarrer der Kirche vorgestellt. Das Ergebnis dieser brüderlichen Vereinigung von Katholiken mit Nichtkatholiken zur Aufklärung der christlichen Grundwahrheiten war aus einem Kommentar beurteilt werden, der in dem Organ der westlichen Methodisten, „Methodist Recorder“, in Bezug auf den Vortrag des Dominikaner-Priors erschien und in dem es hieß: „Zum Schluß seiner Ansprache wurden verschiedene Fragen gestellt und kritisch beantwortet. Man kann nicht anders, als geredeterweise anzuerkennen, daß seine Ansprache freimütig, nämlich, sachlich und offenherzig war. Zugezogen wurde die Rede die tiefsten Empfindungen und immer erfüllte sie eine tiefe Liebe für Gott und die Menschheit. Alles zusammen war der Abend von größtem Interesse und eine Verheißung glücklicher Beziehungen zwischen Rom und den freien Kirchen.“

Karlsruhe.

Frühlingsanfang. Am heutigen Mittwoch, den 21. März, nachmittags 4.27 Uhr, tritt die Sonne in den Frühlingspunkt. Für die nördliche Erdhalbkugel ist an diesem Tag die Frühlingstag- und Nachtgleiche; oder der Beginn des astronomischen Frühlings. Die Tageslänge vermindert sich bis zum 21. Juli, dem Tag des Beginns des astronomischen Sommers, an dem der Tag seine größte Ausdehnung hat.

Der Verkehr. Mit Rücksicht auf die durch den Einbruch der Franzosen geschaffenen ensten Lage und insbesondere mit Rücksicht auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die Reichsbehördenverwaltung in Folge der Verlegung des Reichsgebietes, der badischen Rhein- und durch die Rahmung des Betriebes der badischen Hauptbahnen zu kämpfen hat, können in diesem Jahr größere Vorrichtungen zur Behaltigung des Verkehrs nicht getroffen werden; namentlich kann die Ausführung von Entlastungsarbeiten nur in beschränktem Umfang erfolgen. Es darf wohl angenommen werden, daß man diese Zwangslage der Reichsbahn allseits Rechnung trägt.

Der Landabend Anneliese Girsh findet heute abend 7 1/2 Uhr im Künstlerhaus statt. Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten beantragte am Freitag, den 16. d. M., im Montageraum in allen Teilen gut gelungenen Familienabend. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache folgte der Lichtbildvortrag des Herrn Ingenieur Gauszke: „Eine Wanderung durch das obere Donaultal“. Eine Reihe entzückender Bilder aus dem naturhistorischen Erdwinkel zog, begleitet von erläuternden Worten, an den Augen der Anwesenden vorüber und löste Freude und Verwunderung aus. Reicher Beifall besahnte Herr Gauszke für die gebotenen Genüsse, die in allen den Wunsch regten, eine solche Wanderung in Wirklichkeit ausführen zu können. Nun wechselten in buntem Weigen heitere und ernste Vorträge. Besonders sind hier zu erwähnen Fr. Helma Gilling vom Landesbühnenverein sowie aus dem Mitgliederkreis Herr und Frau Weisner und Herr Gröninger, welche durch Vortrag das Programm

Handel — Wirtschaft — Verkehr

Das Bankgeheimnis.

Fr. Bayer, Pforzheim. Die Frage des Bankgeheimnisses steht zur Zeit im Vordergrund des Interesses. Nach den letzten Witterungsbedingungen ist vor wenigen Tagen im Reichstag die Entscheidung dahin gefallen, daß das Kundenregister und der Depotzwang in Wegfall kommen sollen.

Da die Ansichten der Freunde und Gegner dieser Sache sich ziemlich scharf gegenüber stehen, dürften einige kurze Angaben über die Handhabung des bisherigen Geheimes manchen interessieren.

Die vor zirka drei Jahren Geseh gemordeten Bestimmungen, die allgemein als eine Durchbrechung des Bankgeheimnisses, also der Vertrauenswürdigkeit der Banken, angesehen werden, versuchten die Banken, Sparkassen und ähnliche Geldinstitute, ihre gesamten Kunden einschließlich der Auslandsdeutschen, aber mit Ausnahme der eigentlichen Ausländer, dem zuständigen Finanzamt anzumelden. Dieses „Kundenregister“ genannte Verzeichnis enthält jeden Namen nur einmal, auch wenn der Kunde A. B. Wertpapiere und Wertpapiere und Schließfach besitzt. Jedem ein Betrag muß, entgegen einer vielfach verbreiteten Ansicht, nicht angemeldet werden, aber selbstverständlich ist die Neuzugänge der Kunden. Die kleineren Guthaben konnten von der Anmeldung ausgenommen werden, sofern solche jährlich nicht mehr als 200 M. hinaufgehen. Da aber diese Ausforderung den größeren Banken unumstößlich und zeitnahe erfolgen, erfolgte von diesen die Anmeldung der gesamten Kundenliste. So wurden die Finanzämter wenigstens anfangs mit zehntausenden von Namen überschüttet und überlastet.

Diese Anmeldungen benützen die Finanzämter zur Kontrolle der bei den Steuererklärungen gemachten Angaben. Stimmen diese nicht überein, oder erscheint ihnen sonst etwas auffällig, so müssen sich die Steuerbeamten gemäß dem § 209 der Reichsabgabenordnung zuerst mit dem „Kunden“ ins Benehmen setzen. Erst wenn diese

auf künstlerische Höhe brachten. Die Herren Sonntag und Tangel als glänzende Humoristen sorgten in ausgiebiger Weise für Erheiterung der Gemüter und fanden ein dankbares Publikum. Den musikalischen Teil hatte Herr Köhling mit klugem Bisherortigkeiten übernommen, auch ihm wurde für die ausgezeichneten Leistungen reicher Beifall zuteil. Froh und glücklich, ohne störende Ausgelassenheit war die Stimmung des ganzen schön verlaufenen Abends. Es wäre zu wünschen, daß demselben noch mancher ebenso gelungene Veranstaltung folgen.

Auslandsbesuche betr. Wie das Reichenschaubildungsamt bekannt gibt, läuft die Annahme der für Auslandbesuche (Gewalt- nicht Liquidations-) Schäden am 31. 3. 1923 ab. Wer bis dahin seinen im Ausland erlittenen Schaden nicht angemeldet hat, geht förmlicher Ansprüche, welche ihm auf Grund des Auslandsbeschädigungsgesetzes zustehen, verlustig.

Vorsicht bei Ferngesprächen mit dem besetzten Gebiet. Die Franzosen sind dazu übergegangen, in deutschbesetzten Gebieten Fernsprecheinrichtungen einzuschalten, um auf diese Weise Gespräche zu belauschen und für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Zur Wahrung der allgemeinen deutschen und der persönlichen Interessen der Fernsprecheinnehmer ist daher bei der Führung von Dienst- und Privatgesprächen mit dem besetzten Gebiet Vorsicht geboten. Die Gesprächsführenden tun gut, ihren Gesprächen eine Form zu geben, die es den Franzosen unmöglich macht, den Inhalt der Gespräche zu verstehen oder auf Grund des Erlaßes etwa gegen irgend welche Personen im besetzten Gebiet einzuschreiten.

Zum Defizit des Bad. Landeshaushalts. In einer Notiz, in welcher über die Höhe des im 3. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für das Landeshaushalt 1922 angeforderten Staatsbeitrages und des von Staat und Stadt zu tragenden Reibetrages nähere Zahlen angegeben sind, ist am Schluß bemerkt, daß die Stadt Karlsruhe aus den Eintrittspreisen des Landeshaushalts einen erheblichen Betrag für Luftverkehrssteuer einnehme. Diese Annahme ist irrig und bedarf der Berichtigung dahin, daß die Stadt nach der seit 1. April 1922 geltenden Vermögenssteuerordnung keine Luftverkehrssteuer mehr von den Eintrittspreisen des Theaters bekommt.

Unfall. Gestern nachmittag erlitt ein Hotelier aus Herrenalb Ede Kaiserallee und Schillerstraße dadurch einen Unfall, daß er mit seinem Motorrad einem Straßenbahnwagen ausweichen wollte und in den von der entgegengesetzten Richtung kommenden Lastkraftwagen einer hiesigen Firma hineinfuhr. Das Motorrad wurde leicht beschädigt und der Motorfahrer erlitt eine Quetschwunde am Kopf und Schulterverletzungen. Im Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus wurde ihm ein Verband angelegt.

Leichenfund im Walde bei Pforzheim. Am 15. ds. wurde im Walde bei Pforzheim eine unbekannte männliche Leiche gefunden, die schon lange Zeit gelegen hatte und vollständig verwest war. Dem Erkennungsdienst beim Landespolizeiamt gelang es mit Hilfe der vermissten Kartei festzustellen, daß der Verstorbene identisch ist mit dem seit 20. Februar 1922 in Pforzheim vermissten Karlhardt. Nach den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen liegt Selbstmord durch Vergiftung vor.

Karlsruher Ständesuch-Anzeige.

Todesfälle. 17. März: Karl Vogel, Hilfsarbeiter, ledig, alt 21 Jahre. — 18. März: August Helwig, Kaufmann, Gemann alt 70 Jahre; Albert Hädt, Schreiner, Bismarck alt 88 Jahre. — 19. März: Marie Krauß, alt 85 Jahre, geb. Gieseler, des Händlers Jos. Krauß; Joh. Becker, Wägenmeister, Bismarck, alt 72 Jahre; Emilie Schridel, alt 73 Jahre, Witwe des Oberkassarztes A. D. Otto Schridel. — 20. März: Edwin, alt 2 Jahre, Vater: Edwin Oberl, Eisenbahnspektor.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag, den 22. März, nachts: Fortdauernd heiter, trocken, wärmer, schwache östliche Winde. Wasserstand des Rheins am Mittwoch, den 21. März: Schiffspegel 112, gef. 2; Reich 232 gef. 1; Rheingau 402, gef. 2; Mannheim 308, gef. 6.

Der B. B. als führendes Parteiblatt darf heute in der Hand keines Angehörigen der Zentrumspartei fehlen.

Verhandlungen resultatlos geblieben sind, können sich die Finanzämter an die Banken usw. wenden und Konten- und Depotsauszüge usw. verlangen, aber nur unter ausdrücklicher Verurteilung auf obigen Paragrafen. Da in der Praxis förmliche Verlangen im Verhältnis wenig gestellt werden, kann ohne weiteres angenommen werden, daß die Steuerangaben im allgemeinen richtig sind. Richtig ist auch allein schon das Bestehen dieses Geheimes günstig gewirkt. Es können aber auch Fälle vorkommen, daß dem Fiskus dadurch ein Schnippen geschlagen wird, daß jemand nur kurze Zeit ein Bankkonto führt und bis kein Name nach Jahr und Tag gemeldet wird, ist er über alle Berge und trotz der strengen Vorschriften über Erziehung von Bankkonten nicht mehr auffindbar. Es kann sich da selbstverständlich nicht um den schärfsten Kaufmannsstand handeln, sondern um solche, die ihre Geschäfte im Umkreis betreiben.

In bestimmten Fällen müssen die Banken usw. sofort die gewünschte Auskunft erteilen, wenn A. B. die Staatsanwaltschaft schon ein Verfahren gegen eine Person eingeleitet hat und bei Ermittlungen, bei denen mehrjährige Kinder beteiligt sind. Diese Auskunftspflicht bestand aber von jeher für beide genannte Fälle, das Gesetz vom Jahre 1920 hat hierin nichts geändert.

Eine weitere Gesetzesbestimmung schaffte den Depotzwang. Nach diesem konnten Kupons- und Dividendencheine nicht mehr einem beliebigen Geschäftsmann in Zahlung gegeben werden, wie es früher der Fall war. Die Verwertung derselben war vielmehr nur nach Maßgabe, wenn entweder das ganze Wertpapier bei einer Bank hinterlegt war oder der Bank eine Anmeldung des Wertpapiers beim Finanzamt vorgewiesen wurde. Auf diesen Paragrafen beruhte den Banken sowohl als auch den Wertpapiergebern ungetreue Arbeit, da die kleinsten Werte von 50 M. und 100 M. an hinterlegt werden mußten. Durch die fortschreitende Geldentwertung entfiel A. B. der Fall, daß jemand von einer Bank 3.50 M. für Kupons geschrieben bekam und die Kupons hierfür für Wertpapier







### K.K. Amerika zahlt seine Wohlthaten heim.

Von B. Bernh. Seiller D.S.B., Augsburg.

Zimmer enger und inniger werden die Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland, ganz besonders unter den Katholiken beider Länder. Es ist rührend zu sehen, wie jetzt unsere Glaubensgenossen in Amerika mit reichen Mitteln heimzählen, was das deutsche Mutterland seinerzeit für die amerikanischen Missionen geopfert. Wer hätte je gedacht, daß das reiche Deutschland betteln gehen müßte bei denjenigen, die bei ihrer Missionstätigkeit so schwer mit der Not der Zeit rangen. „Für die armen katholischen Missionen in Amerika“, hiß es seiner Zeit; heute lautet der Slogan: „Für das arme hungernde Deutschland!“ So ändern sich die Zeiten! Wohl dem, der an eine göttliche Vorsehung glaubt und auch im Unglück ihre weisen Pläne sieht! Wohl uns, daß wir einer großen weltumfassenden heiligen Gemeinschaft angehören, die Leid und Freude mit uns teilt und unsere Not jetzt nach Kräften mildert! Erst jetzt erfahren wir voll und ganz, was es heißt ein Glied der katholischen Kirche zu sein. Wohl uns, daß wir in guten Tagen gerne und freudig die christliche Caritas geübt! Es gibt im geistlichen Leben Gesetze, die ebenso sicher wirken wie im weltlichen. Nicht umsonst finden wir jetzt in Amerika so freigiebig, opferwillige Spender. Wer Segen sät, wird Segen ernten. Wir tragen nach Christen Art geduldig unser Elend in der festen Ueberzeugung, daß eine allweise Vorsehung daraus Gutes schaffen wird und daß es in den göttlichen Weltplan hineingeht wie jedes andere große geschichtliche Ereignis. Der Tiefblickende weiß, was wir abzugeben haben nicht eine zufällige Kriegsschuld, sondern eine tiefe Verantwortlichkeit in materialistischer und mammonistischer Bestrebungen. Es geht um unsere Seele, und sie kann nur gerettet werden durch das Kreuz. Seien wir getroßt! Die ewigen heiligen Wahrheiten unserer Religion haben immer siegreich die Särten des Lebens überunden. Immer folgen auf die Desolationsstätten die Laborsünden.

Wenn unser völkisches Unglück nur die eine Wirkung gehabt hätte, die christliche Caritas in einem nie gezeigten Glanz erstrahlen zu lassen, besonders bei unseren amerikanischen Glaubensbrüdern, so wäre das schon Segen genug. Ganze Bände von Apologetik sprächen dieser methodischen Brüderlichkeit, der uns die Kraft eines lebendigen Christentums wieder lebhaft zum Bewußtsein bringt. Und wie edel und vornehm ist unsere christlichen Brüder jenseits des Ozeans! Wie verbinden sie oft mit der Gabe das wahre christliche Opfer! Eine alte, kränkelnde Frau in Amerika hat ihr Gesamtvermögen, bestehend aus 50 Dollar, für einen katholischen Theologiestudenten geopfert, nur um dem jungen Manne zum Priesteramt zu verhelfen. Und sie hat das seltsame Vertrauen, daß Gott ihre Gabe segnen und selber für sie in den Tagen des Alters sorgen werde, wenn ein Neupriester für sie am Altar bete und opfere. Welch ein Gottvertrauen! Welch hohe Anrechnung von der priesterlichen Würde! Diese edle, starke Christin, die wahrhaft aus ihrem Glauben lebt, hat mehr geleistet als ein Milliardär leisten kann, mit goldenen Letztern wird einst ihre Tat im Himmel glänzen. Ein weiterer Zug der amerikanischen Caritas: ein apostolischer Ordenspriester veranlaßt amerikanische Familien, armen katholischen Theologiekandidaten zum Priesteramt zu verhelfen, in der Weise, daß der junge Mensch förmlich an Kindeshand angenommen und zeitweilig der Familie des Wohlthäters angegliedert bleibt. Was erfindet doch nicht alles die Caritas, wenn sie aus einem reinen, christlichen Eifer heraus strömt! Wie schön und frohlich ist uns sagt der betreffende Ordenspriester in seinem Aufsatze: Die Amerikaner mögen nie vergessen, daß das katholische Deutschland und Österreich mehr als ein halbes Jahrhundert Geld und Priester nach Amerika geschickt. Jetzt hätten sie Gesegnetheit sich dankbar zu erweisen. Mit wenigen Dollars könnten sie deutsche Missionare schicken lassen und ihnen zum Priesteramt verhelfen. So könnte jetzt Amerika dem deutschen Mutterlande die Priester wieder zu-

rückgeben, die einst so gerne und opferwillig in die Ferne gezogen, um der jungen Kirche in Amerika zum Ausbau zu verhelfen. Wie schön und erhabend der Gedanke: deutsche junge Priester gehen ein lebenslangliches Verhältnis mit deutschen Stammesgenossen in Amerika ein. Welche Segensquelle für die Beteiligten und für die Kirche Gottes! Das ist ein Weg, der die Katholiken verschiedener Länder enger aneinander schließt. Äußere Organisationen helfen wenig, wenn nicht besondere Bande die Seelen verbinden. Was diese Hilfe für unseren priesterlichen Nachwuchs bedeutet, ist gar nicht abzuschätzen. Wie viele hoffnungsvolle Jünglinge müßten auf das Priesteramt verzichtet, wenn ihnen diese Hilfe nicht zuteil würde! Die Alumnate und Anabenseminarien sind zum größten Teil verarmt und können keine Freiplätze mehr geben. Gottes Vorsehung waltet auch heute noch. Sie weiß immer wieder Männer zu erwecken, die den Zeitbedürfnissen gerecht werden und die Kirche Gottes ihrer Vollendung näher bringen.

Fragen wir uns, wo ist dieser fruchtbare und segensreiche Gedanke entstritten? Es ist die Frucht stiller inniger Andacht vor dem eucharistischen Gott. Ist es doch ein einfaches Frauenkloster aus der ewigen Anbetung des Allerhöchsten, von dem all der Segen ausströmt. Tausende von Dollars könnten diese einfachen, schlichten Frauen den Armen Deutschlands spenden, trotzdem es ein bescheidenes Kloster ist. Es ist eine tragische Ironie, daß ein bescheidenes Kloster, das in Deutschland für unheil und überflüssig galt, jetzt die verarmten Klöster mit praktischer Tätigkeit in Deutschland unterstützen muß.

So zeigen sich überall hoffnungsvolle Keime für den Wiederaufbau der zerfallenen Welt, und der Katholizismus wird in der Neuordnung der Welt einen bedeutenden Einfluß üben. Schon einmal hat er in den glänzenden Zeiten des Mittelalters die Völker Europas geeint. Diesmal handelt es sich um einen Bau, der Erdeleite umspannt. Das frische, lebendige Christentum in der neuen Welt wird einen ganz wesentlichen Anteil an dem Neubau nehmen und so auch auf diese Weise seinem Mutterland die früher erwiehenen geistlichen Wohlthaten heimzahlen. Mag der Weg auch noch durch viele Enttäuschungen, durch viel Kreuz und Leid führen, das ist unabweisbar sicher, der Katholizismus ist auf dem Weg, wieder eine Weltmacht zu werden im besten Sinne des Wortes, und unsere amerikanischen Glaubensgenossen können nichts besseres tun, als mit denen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dieses einzia große und erhabene Werk zu fördern.

### Der bisherige „Erfolg“ der französischen Ruhraktion.

Poincaré hat kürzlich im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten — allerdings unter dem Siegel der Verschwiegenheit — recht bemerkenswerte Angaben über die bisherigen Ergebnisse des Ruhrunternehmens gemacht. Er konnte jedoch nicht verhindern, daß durch Indiskretionen diese Dinge an die Öffentlichkeit gelangten, und hat dann mit der ihm eigenen Ungezogenheit die gemachten Mitteilungen bestritten. Nun macht neuerdings ein Organ der französischen Schwerindustrie, das Journal Industrielle in Ergänzung der amtlichen Angaben, recht bemerkenswerte Einzelangaben über den glänzenden „Erfolg“ des mit so großem Tam-Tam begonnenen Unternehmens an der Ruhr. Das Blatt schreibt:

„Seit dem Einmarsch in das Ruhrgebiet sind noch nicht einmal 10 Waggons deutschen Kohls in Frankreich eingetroffen gegenüber 200000 Tonnen monatlich vor der Besetzung. Die Zahl der stillgelegten Hochöfen hat neuerdings eine starke Vermehrung erfahren, so daß gegenwärtig nur noch etwa 10 bis 20 Prozent der vorhandenen Anlagen in Betrieb sind. Der durch die Notstandsarbeiten, Weiterabfuhr der Kohle usw. verursachte Schaden der Hülsen übersteigt bereits den Betrag von 20 Millionen Francs. Die Zahl der entlassenen Arbeiter im stillen Industriegebiet geht bereits in die Tausende. Der fast völlige Stillstand der Hoheisenproduktion und

die unerwünschte Preissteigerung für die bereits fast erschöpften Lagerbestände bedrohen auch die verarbeitende Industrie, die zu einem großen Teil in der näheren Umgebung ihren Sitz hat, in allerhöchster Zeit mit einer schweren Krise.“

Merkwürdig ist, daß das Blatt weiterhin behauptet, die Schwerindustrie sei durchaus nicht für das Ruhrunternehmen gewesen, aber im gleichen Atemzug hinzugefügt, „man müsse sich endlich darüber klar werden, ob man der Ruhraktion den Charakter eines Zwangs mittels geben wolle oder nicht. Wenn jedoch heute die Industrie ihre Stimme erhebe, dann sei es „nicht wegen der eigenen Verluste, sondern weil es Schlimmeres auf dem Spiel stehe: Arbeitslosigkeit, Teuerung, soziale Unruhen, und nationale Gefahr.“

### Zur Preispolitik.

Berlin, 17. März. Unter dem Vorhitz des Reichswirtschaftsministers fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung von Vertretern der Arbeitgeberverbände der Industrie, des Handels, des Bankwesens, der Konsumvereine und der Gewerkschaften statt, die sich mit der Frage der Preisgestaltung beschäftigte. Nach dem Bericht des Vorwärts mußte der Reichswirtschaftsminister feststellen, daß trotz des Dollarrückganges nur wenige Artikel in der Preise gefallen seien, während sich für eine Reihe von Waren die Preise gehalten, für einzelne sogar gesteigert hätten. Die Vertreter der Gewerkschaften wandten sich nachdrücklich gegen die Preisbestimmungen, die jegliche Situation zu einem Lohnabbau zu bedeuten. Von industrieller Seite wurde betont, daß es kaum noch einen Artikel gebe, der in Deutschland nicht über dem Weltmarktpreis liege. Erst wenn man die Wirtschaft von allen Fesseln frei mache, werde sie wieder in Ordnung kommen. Das positive Ergebnis der Sitzung war die Anführung des Reichswirtschaftsministers, daß die Kohlensteuer demnächst in gewissem Umfang abgebaut werden solle, eine Erklärung, die für sein Vorgesetzter, den Reichsfinanzminister bei der Verabschiedung der Kohlensteuer im Reichstage bereits abgegeben hatte.

### Parlamentarisches. Deutscher Reichstag.

Die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft der Kriegsbefähigtenorganisationen zum Reichsvereinsgesetz. Die bürgerlichen Parteien haben zum Reichsvereinsgesetz folgenden gemeinsamen Antrag eingebracht: Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Ausschuss stehe auf dem Standpunkt, daß die von der Arbeitsgemeinschaft der Kriegsbefähigtenorganisationen in ihrer Eingabe vom 27. Januar 1923 ausgesprochenen Forderungen in ihren wichtigsten Punkten sowohl begründet sind, daß deren Erfüllung bis an die äußerste Grenze des für das Reich Tragbaren angestrebt werden muß.

Ein möglichst zuverlässiger Ueberblick über die finanzielle Auswirkung der einzelnen Forderungen der Verbände ist deshalb die erste Voraussetzung für eine sachliche Beratung der Novelle zum Reichsvereinsgesetz. Der Ausschuss richtet daher an die Reichsregierung das Ersuchen, eine solche gegläuberte Ausrechnung so schnell als möglich anzufertigen und den Mitgliedern des Ausschusses sowie den Verbänden zwecks Prüfung zuzustellen.

Da die Verabschiedung der in Aussicht genommenen Novelle zum Reichsvereinsgesetz durch das Plenum vor den Osterferien angesichts der Geschäftslage des Hauses zweifelhaft ist, richtet der Ausschuss an die Reichsregierung das Ersuchen, rechtzeitig eine der Teuerung gerecht werdende Erhöhung der Beiträge der Versicherungsberechtigten ohne Rücksicht auf die Erleichterung der kommenden Novelle dem Ausschuss vorzuschlagen.

### Der Saug der Hypothekengläubiger.

Dieser Tage wurde berichtet, daß der volksparteiliche Abg. Dr. Ringer einen Antrag auf Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Hypothekengläubiger im Reichstage eingebracht. Der Reichsausschuß, der unter dem Vorhitz des Zentrumsgedordneten Spahn steht, hat nun zu diesem Antrage Stellung genommen. Die Berichtserhaltung hatte der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei G. m. in g. e. Der Antrag des Ausschusses geht dahin: „Der Reichstag wolle beschließen: 1. den vorliegenden Gesetzentwurf abzulehnen; 2. folgende Entschlieung anzunehmen: „Die Reichsregierung zu ersuchen,

beschleunigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem durch ein vereinfachtes Güterverfahren Vorzüge getroffen wird, daß bei Gütern, Liebernahme und Altemteilsrechten bei Veräußerung des haftenden Anwesens, bei Auseinandersetzungen oder bei Rückzahlungen, ferner bei Unterhaltansprüchen die Geldwertigkeit in einer der Billigkeit entsprechenden Weise berücksichtigt wird.“

### Der Schuldschulden und die Reichsverfassung.

Zur Bildungsausgleich des Reichstages wurde am Freitag die Generaldebatte über den § 2 des Reichsschuldschuldenrechts (Gemeinschaftsschulden) fortgesetzt. Zunächst wurde von sozialdemokratischer Seite eine Erklärung der Reichsregierung zu dem vorliegenden Antrag der Arbeitsgemeinschaft über ein einheitliches Gemeinschaftsschuldenrecht gefordert. Staatssekretär Schulz gab daraufhin folgende bemerkenswerte Erklärung ab:

„Der Herr Reichsminister des Innern hält grundsätzlich an der Auffassung fest, wie sie im Paragraphen der Regierungsvorlage zum Ausdruck gelangt. Bei der Schaffung dieser Bestimmungen ist davon ausgegangen worden, daß nach dem Willen der Weimarer Verfassung als Regelschule nicht lediglich die Simultanschule, wie sie bisher in einigen Teilen Deutschlands besteht, in Betracht kommt. Abgesehen davon, daß die bisherigen Simultanschulen in Baden und Hessen, von Bayern ganz abgesehen, in wesentlichen Punkten nicht übereinstimmen, also als einheitliches Vorbild nicht gelten können, ist auch die frühere Simultanschule eigentlich nur eine gemeinschaftliche Schule für die beiden christlichen Konfessionen gewesen. Mit der Weimarer Verfassung haben aber auch die nichtchristlichen Bekenntnisse und Bekenntnisfreien Weltanschauungen ihr verfassungsmäßiges Recht erhalten und müssen demgemäß Berücksichtigung in der Gemeinschaftsschule beanspruchen. Dem würde Antrag Nr. 85 der Antrag der Arbeitsgemeinschaft widersprechen, indem er der Gemeinschaftsschule eine ausschließliche Grundanlage gibt. Der Herr Reichsminister des Innern will indes die weiteren Abänderungsanträge und den Fortgang der Ausschussberatungen abwarten, ehe er sich über seine Stellung zum Antrag Nr. 85 im Falle seiner Annahme abschließend äußert. Die Regierung wird sich an diesen Beratungen weiterhin beteiligen und ihre Stellung zu den Abänderungsanträgen zum Ausdruck bringen. Eine baldige Entscheidung über den Gesetzentwurf hält die Reichsregierung für dringend notwendig, da infolge der heutigen ungelärten Zustände immer neue Schwierigkeiten entstehen.“

Daraufhin setzte eine sehr heftige, mitunter leidenschaftliche Debatte zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien ein, worin jede der beiden Richtungen für sich die verfassungsmäßige Auslegung des § 108 Absatz 2 der V. B. in Anspruch nahm. Staatssekretär Schulz verlas zwei Antwortschreiben der bürgerlichen und heftigen Regierung über den Charakter der bürgerlichen bzw. der heftigen Simultanschule, welche auf eine Anfrage des Reichsministeriums des Innern eingelaufen waren. Zuerst kam die Ausführungen der Kommunisten zum Ausdruck, daß diese subjektiv im Rechte seien, da die Weimarer Verfassung in § 148, 2 durchaus unklar und zweideutig wäre. Sie vertrete nicht, daß auch die weltliche Schule sich in Deutschland dem Einfluß des Christentums nicht entziehen könne. Der sachliche Regierungsvorredner glaubte, im Namen seiner Regierung das sogenannte bürgerliche Schuldschuldenrecht als verfassungswidrig bezeichnen zu müssen, worauf ihn von Vertretern des Zentrums und der deutschen Volkspartei bedeutet wurde, daß die sachliche Regierung angesichts ihres verfassungswidrigen Vorgehens in der Schulfrage am wenigsten berechtigt sei, solche Einwendungen zu erheben. Zu einer Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge zu § 2 (Gemeinschaftsschule) kam es nicht.

### Gemeindepolitisch.

Durlach, 16. März. (Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 14. März 1923.) Das Schulgeld an der Mädchenbürgerschule mit jährlich 150 M. muß erhöht werden. Der Stadtrat beschließt, das gleiche Schulgeld, wie solches durch Verordnung des Ministeriums des Innern u. Unterricht für die höheren Lehranstalten vorgezeichnet ist, zu erheben. Es beträgt hiernach für Schülerinnen in den 6 unteren Klassen 600 M. und in den oberen Klassen 840 M. für das Tertial.

Die Friedhof- und Begräbnisgebühren werden mit Wirkung vom 1. März 1923 ab neu geregelt. Die Frage, wie weit Friedhof- und Begräbnisgebühren auf die Stadt zu übernehmen sind, ist zu prüfen. — Der Stadtrat ist grundsätzlich mit der Abgabe eines Teiles des Geländes des alten Friedhofs an die katholische Kirchengemeinde zwecks Anlage eines Spielplatzes für die Kleinkinder einverstanden. — Auf Antrag der Friedhofkommission wird die Verpachtung des südlichen Begräbnisraumes, zunächst versuchsweise, in eigene Regie übernommen. Die Kosten der Ueberführung übernimmt die Stadt, um so zur Verbilligung des Begräbniswesens beizutragen. Der Stadtrat ist mit dem Ansatze des Mietpreises-

### Magdalena Castelli.

42) Roman von M. Rappold Pauli.

Ich hatte mich nach Cehinos Art in höchst gelassener Stellung an eine der Säulen gelehnt. Als die Anwesenden sich legten, nahm ich einen Stuhl, und mich in einer Ecke niederlassend, verträumte ich die Arme und ließ den Kopf sinken.

Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte ich dem Gange der Beratungen. Sie bezogen sich zunächst auf die Zusammenfassung der gelblichen Kräfte, um den italienischen Revolutionsbestrebungen eine feste Grundlage zu geben.

„Das Geheimnis unserer Kraft ist der Reichthum“, sagte im Laufe der Verhandlung einer der Vermittler, in welchem ich an der Stimme Lord Wilson erkannte. „Nur, Streben muß darauf gerichtet sein, diesen zu sammeln, das heißt, ihn nicht in falsche Hände gelangen zu lassen. So lange Fürst Torello uns glauben ließ, daß er für die große Angelegenheit Italiens sich begeistere, durften wir ihm die hohe Krone der schönsten Hölle nicht streitig machen. Er hatte ein Anrecht auf ihre Hand. Durch den Verrat an der heiligen Sache hat er das selbe jedoch für immer verwirkt. Ihn trifft daher unsere Verachtung und gerechte Strafe. Diese Verbindung darf niemals stattfinden.“

„Wie kam ich das hindern?“ fragte die Marquise bellommen.

„Ihre Tochter muß Ihnen gehorchen. Ihre Autorität wird durch die Autorität unseres Bundes, dem Sie angeschlossen haben, mächtig unterstützt.“

„Und wenn meinen Befehlen nicht gehorcht werden sollte? Es ist nicht so leicht, eine von der Welt anerkannte und gut geordnete Verbindung ohne unangenehme Umstände zu lösen. Was kann ich alsdann tun? Ich wünschte selbst, daß die Verlobung

gelöst würde. Doch bin ich ratlos, wie es geschehen soll.“

„Geben Sie die Macht nicht aus der Hand“, antwortete derselbe Vermittler. „Ist Ihre Tochter in geistiger Beziehung von Ihnen abhängig, so sind Sie die Herrin ihres Reichthums und eine der größten Frauen Italiens. Mirabeau hat das schlagendste Wort gesprochen: Wenn die Frauen sich nicht für die Revolution begeistern, so wird sie schwerlich siegen. Bedenken Sie, was in Ihre Hände gegeben ist.“

„Wohlan, was ist Ihr Rat, wenn ich meiner Tochter gegenüber machtlos bin... wenn ich ihren Sinn nicht beugen kann?“ fragte die unglückliche Frau mit harter Stimme.

„Ihren Edelsinn kennend, hochverehrte Frau“, erwiderte der Vorlesende, „und im Bewußtsein unserer großen Aufgabe, fühlen wir uns verpflichtet, Ihnen folgendes zu gebieten. Sollte wider alles Erwarten Ihren Befehlen von seiten Ihrer Tochter nicht Folge geleistet werden, so verlassen Sie innerhalb zweier Tage Paris und begeben sich an den Genfer See. Dort werden Sie mit Ihrer Tochter in der reizend gelegenen Villa Manca, die Ihnen zur Verfügung gestellt wird, die schönen Frühlingstage zubringen. In kurzer Frist kann dort das Ziel erreicht werden. Die größte Verschwiegenheit ist dringend geboten, damit niemand Ihren Aufenthalt erfahre.“

Nach einer Pause sagte die Marquise: „Ich füge mich dem Räte, dem Befehle unserer Verbindung!“ Ihre Stimme ätzte, und ich sah, wie sie sich zurücklehnte, als wäre sie ermüdet. Die Anwesenden umringelten sie, sie wurde mit Lobreden und Schmeicheleien überhäuft.

Als die allgemeine Erregung sich etwas gelegt hatte, begannen die Vorträge über die politischen

Fortschritte der nationalen Vereinigung, über die Zukunft Italiens. Lord Abstone gab noch überdies eine philosophische Abhandlung zum besten, die bedröht schien, etwaige Gemüthsstöße der Marquise durch seine glänzende Sophismen einzuschläfern. Es war eine dämonische Lehre, die er vortrug, die Auflehnung des Geschlechtes gegen den Schöpfer zur höchsten Tat der Menschheit stempelte. Die Macht seiner Rede wirkte sinnberaubend, verwirrend, betäubend.

Mir schauderte. Es war mir, als sei ich in jene Tiefen des ewigen Elendes versetzt, von denen der große christliche Dichter spricht. Es wirkten mir die Sinne, ein Riffen durchnetzte meine Glieder, meine Kräfte schwanden. Da rief ich zu Gott um Hilfe und erlangte allmählich meine Ruhe wieder.

Es schlug Mitternacht. Man erhob sich. Die Marquise wurde von Lord Abstone und mehreren Anwesenden wie im Triumph zum Ausgange geleitet.

Als sie sich mir näherte, trat ich, eingedenk meiner Rolle und Cehinos Weisungen, ehrerbietig ihr zur Seite, um ihr den Hüter abzunehmen und die kostbare Umhüllung um die Schultern zu legen. Dann schloß ich mich dem Gefolge an. Lord Abstone half der Marquise in den Wagen. Ich wollte eben zu meinem Sitze an der Rückseite desselben emporklettern, als eine Stimme mir aus Italiens tiefen: „Herab mit der Maske!“ Die wird außer dem Hause nicht getragen!“ Ich wandte mich nach der entgegengesetzten Seite, von wo ich die Stimme gehört hatte, und in aller Ruhe die Maske zugleich mit meinem Domino abnehmend, schloß ich den Wagenschloß, rief dem Kutscher den Befehl der Abfahrt zu, so wie Cehino es zu tun pflegte, und stieg auf meinen Platz an dem hintern Aufsitze, worauf der Wagen zu meiner großen Befriedigung von dannen rollte.

Als wir um die Ecke der Straße einbogen, in welcher das Pfarrhaus lag, hemmten die Pferde ihren Lauf. Ich benutzte diesen Umstand, um mich schnell und behutamt von meinem Sitze herabzuschwingen. Ich blieb stehen, bis der Wagen sich entfernt hatte. Cehino, der schon lange auf das Erscheinen desselben gewartet hatte, erlief bei der Ansicht am Balais pünktlich am Wagenschloß, um seiner Herrin zu dienen. Währenddessen wechselte ich im Pfarrhause meine Kleider, und bald darauf betrat ich durch eine Nebenlinie unser Haus, wo selbst ich unmerklich in mein Zimmer gelangte.

Den Rest der Nacht benutzte ich, um an Fürst Torello und an Doktor Spiridon ausführliche Berichte über die Lage der Dinge zu senden. Beiden Herren machte ich auch genaue Angabe über den zukünftigen Aufenthaltsort der Marquise und ihre Tochter, und sprach die Vermutung aus, daß ich wohl von ihrer Begleitung ausgeschlossen werden würde.

Fürst César war derzeit in Florenz. Ich trug den für ihn bestimmten Brief anderen Morgens an die österreichische Gesandtschaft, gemäß der Vereinbarung mit dem Grafen Puffinari, der mir verprochen hatte, mein Schreiben in sicherer und schnellster Weise an seinen Freund gelangen zu lassen.

Auf die heftige Ueberwärmung meiner Nerven folgte ein Nieschlag. Gestirnt und förmlich erschöpft, sank ich nach meiner Rückkehr von der Gesandtschaft wie betäubt auf das Ruhebett nieder. Als ich wieder zum klaren Bewußtsein gelangt, bemächtigte sich meiner eine beklemmende Angst ob meiner Lage, und ich weichte um Giulio.

Es mochte unterdessen Mittag geworden sein. Da hörte ich ihren leichten Schritt. Sie öffnete leise die Thüre und als sie mich sah, kam sie rasch auf mich zu.

(Fortsetzung folgt.)

... bis 3. April.  
... 24. \* Abonn.  
... (Sp. 1. 4000.-),  
... 1400.- — So. 25.  
... I. Rang etc. 2700.-  
... 1800.-, III. Rang  
... — Mo. 26. Volks-  
... Die Komodie der  
... Die. 27. \*  
... I. 5500.-, Th.-G.  
... 400.- — Da. 28.  
... Mk., Aufzählungen  
... 5000.-  
... 8900.-, III. Rang  
... — Fr. 30. Kar-  
... kanten für Soli,  
... kann Feb. Bach. 5.  
... \* Abonn. E. 17.  
... (Sp. 1. 4000.-),  
... (Sp. 1. 10000 Mk.)  
... I. 10000 Mk.),  
... I. 10000 Mk.),  
... Das Postamt. Die  
... I. 4000 Mk.),  
... 25. Nachm. 3.  
... 7. \* Altheimdel-  
... 41. 28. Volksbühne,  
... Nachm. 3. Volks-  
... Neu einstudiert.  
... I. 3000 Mk.),  
... (Park. I. 3000 Mk.)  
... der Vorzugskarten  
... und Inhaber  
... von 23. März  
... tag, den 23. März  
... die Teilnehmer  
... Vor tag der Auf-  
... (10-11. 4-6 Uhr.)



